

V0319/24

Konsolidierungspaket 2025 - 2027

(Referenten: Oberbürgermeister Dr. Scharpf, Herr Fleckinger)

Antrag:

1. Der Stadtrat nimmt das mit Blick auf den Konsolidierungsgrundsatzbeschluss (V0869/23) vorgelegte Konsolidierungspaket in der Anlage 1 mit einem Gesamtvolumen von 131,98 Mio. Euro zur Kenntnis.
2. Zur Entlastung der Haushalte 2025 - 2027
 - 2.1. wird die Anordnung des Oberbürgermeisters an die Verwaltung zur Umsetzung der grünen Potentiale lt. Anlage 1, für die kein Beschluss des Stadtrats erforderlich ist, bekanntgegeben.
 - 2.2. stimmt der Stadtrat den grün markierten Potentialen lt. Anlage 1, für die eine Beschlussfassung erforderlich ist, zu und beauftragt die Verwaltung, noch erforderliche Einzel- und Satzungsbeschlüsse in den nächsten Sitzungen des Stadtrates mit Ausnahme des Potentials II.20.0003.1 (Grundsteuer B) vorzulegen.
3. Über das Potential II.20.0003.1 Grundsteuer B wird im Zuge der Beratung über die Hebesatzsatzung im Herbst 2024 gesondert beschlossen.
4. Die gelb und rot markierten Potentiale werden vorerst nicht umgesetzt.

Stadtrat	14.05.2024	Vorberatung
Stadtrat	04.06.2024	Entscheidung

Stadtrat vom 14.05.2024

Auszug aus der Diskussion zu TOP 1, hier zum Thema Fahrräder für Kinder mit IngolstadtPass (V.53.002)

Herr Fischer erläutert, dass er die Streichung der freiwilligen Leistung vorschläge, da sich die wirtschaftliche Situation der Familien mit Anspruch auf den IngolstadtPass seit der Einführung deutlich geändert habe. Zu den berechtigten Familien gehören unter anderem diejenigen, die Bürgergeld beziehen. Hier sei der Kinderregelsatz im Alter von 6-13 Jahren inzwischen um 99 Euro im Monat gestiegen. Das bedeute 1200 Euro mehr im Jahr, bei älteren Kindern sogar noch mehr. Daraus lasse sich seiner Meinung nach ein Kinderfahrrad selbst finanzieren. Die Erhöhung der Regelsätze im Bürgergeld liege nun 20 Prozentpunkte über der Inflation, zudem sei dort der Energiepreis miteingerechnet, welcher ohnehin für Bürgergeldempfänger im Bereich der Kosten für Heizung und Warmwasser vollständig vom

Jobcenter übernommen werde. Ein weiterer Punkt sei die Wohngeld-Plus-Reform, wonach jetzt auch eine Familie mit zwei Kindern und einem Haushaltseinkommen von bis zu rund 4.800 Euro brutto ebenso für den IngolstadtPass anspruchsberechtigt sei. Darüber hinaus bedeute die einmalige Beihilfe einen enormen Verwaltungsaufwand. Aus seiner Sicht sei die Förderung aus diesen Gründen nicht mehr notwendig.

Stadtrat Dr. Kern begrüße den Einsparvorschlag. Die Förderung sei ein Entgegenkommen in einer schweren Zeit gewesen. Diese sei nun aber vorbei, weshalb der Zuschuss ohne schlechtem Gewissen gestrichen werden könne. Die gesparten Ressourcen in der Verwaltung könnten nun an anderer Stelle sinnvoll eingesetzt werden.

Stadtrat Köstler zieht seinen Antrag zurück. Somit ergeht keine Abstimmung dazu.